

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 335

25. Mai 2005

11. Jahrgang

Von Opfern sexueller Gewalt zu Akteurinnen der Veränderung

Die 36 Jahre Krieg haben in der guatemalteken Bevölkerung Tod, Schmerz und Verzweiflung hinterlassen. Die Friedensabkommen von 1996 eröffneten die Möglichkeit, neue Formen des Zusammenlebens auszuprobieren und auf die Schaffung einer Demokratie hinzuarbeiten. Doch es ist nicht möglich, eine Gegenwart zu denken oder zu konstruieren, ohne die Vergangenheit aufzuarbeiten.

Die beiden Berichte zur Erinnerung der Vergangenheit, „Nunca más“ der Katholischen Kirche (REMHI) und „Memoria del Silencio“ der *Kommission zur historischen Aufklärung* (CEH) erkennen die Wichtigkeit an und zeigen die Bedeutung auf, die Vergangenheit aufzuarbeiten, die Erinnerung an das Geschehene zu bewahren und über die Wahrheit zu sprechen.

Gemäss CEH wurden während des bewaffneten Konflikts mehr als 200'000 Personen umgebracht oder sie verschwanden, ohne dass man über ihr Schicksal etwas erfahren hätte. Ein Viertel davon sind Frauen. Von 31% dieser Frauen ist bekannt, dass sie vor ihrer Hinrichtung unter Todesdrohung sexuell missbraucht oder gefoltert wurden.

Das REMHI seinerseits spricht davon, dass die direkten Opfer des Krieges vor allem Männer waren, dass aber die Frauen eine wichtige Rolle im Kampf um die Einhaltung der Menschenrechte einnahmen, zur Öffnung politischer und demokratischer Spielräume beitrugen und die direkten und indirekten Konsequenzen des Krieges zu spüren bekamen.

Sowohl REMHI wie die *Kommission zur historischen Aufklärung* nahmen in ihren Berichten zur speziellen Situation der Frauen während des Krieges Stellung. Im Vergleich zu den anderen in den Berichten enthaltenen Kapiteln geben sie aber zu diesem keine Empfehlungen an die Regierung ab, bezüglich der Wiederherstellung der Würde der während des Krieges sexuell missbrauchten Frauen.

Aufgrund dessen haben Feministinnen, die Frauenorganisation UNAMG und die auf psychosoziale Gesundheit spezialisierte Organisation ECAP ein Projekt erarbeitet, das aufzeigen soll, dass sexuelle Gewalt während des Konfliktes als eine gezielte Strategie gegen die Frauen angewandt wurde. Gleichzeitig sollen die Frauen, welche diese Gewalt erlebt haben, in Selbsthilfegruppen ihre psychosoziale Gesundheit wiedererlangen und einen Empowermentprozess durchlaufen, der sie von Opfern zu handelnden Akteurinnen im (auch juristischen) Kampf um Gerechtigkeit macht.

Die Initiatorinnen des Projekts sind davon überzeugt, dass die heutige Gewaltsituation nicht von der Vergangenheit getrennt werden kann, und dass die Gründe, die zur sexuellen Gewalt während des Krieges geführt haben, die selben sind, die heute eine sexualisierte Gewalt gegen Frauen in allen Lebensbereichen ermöglicht.

Im folgenden Interview erzählt die Feministin und Ethnologin Yolanda Aguilar, eine der Gründerinnen, über die Entstehung und die Ziele des Projekts „Von Opfern sexueller Gewalt zu Akteurinnen der Veränderung: Der Kampf der Frauen für Gerechtigkeit“.

Frage: Wie ist das Projekt entstanden?

Yolanda Aguilar: Als ich selber mein „Testimonio“ für das REMHI abgab, wurde ich gefragt, ob ich die Redaktion des Kapitels über Gewalt gegen Frauen während des bewaffneten Konflikts übernehmen wolle. In dieser Funktion, aber auch als selbst Überlebende dieser Gewalt wurde ich nach Japan eingeladen, um am *Internationalen Tribunal gegen Kriegsverbrechen sexueller Art, ausgeübt vom japanischen Militär während des zweiten Weltkriegs an Frauen unterschiedlicher Nationalitäten* teilzunehmen. Eigentlich wollte ich nicht dorthin gehen, um noch einmal meine Geschichte zu erzählen, habe es dann aber doch getan und bin zutiefst beeindruckt und mit der Idee, in Lateinamerika auch ein solches Tribunal durchzuführen, zurückgekommen.

Als erstes wollten wir also unsere eigene Geschichte aufarbeiten. Die Diskussion über das Wie und mit welchem Ziel hat uns schliesslich zur Realisierung dieses Projekts geführt. In erster Linie geht es uns um den individuellen Heilungsprozess der Frauen, die sexuelle Gewalt erlebt haben.

Dann geht es uns aber auf politischer Ebene auch darum, das Thema überhaupt an die Öffentlichkeit zu tragen und im besten Fall juristische Prozesse gegen die Vergewaltiger durchzuführen.

Frage: Ihr arbeitet ausschliesslich am Thema Vergewaltigung während des bewaffneten Konflikts. Ist das nicht ein etwas zu enges Verständnis davon, was sexuelle oder sexualisierte Gewalt gegen Frauen ist?

Y. A.: In unserem Projekt beschränken wir uns ausschliesslich auf die Vergewaltigungen, die Frauen im Zusammenhang mit dem bewaffneten Konflikt erlebt haben. Selbstverständlich haben wir ein breiteres Verständnis davon, was Gewalt gegen Frauen bedeutet. Wir glauben sogar, dass jegliche Form von Gewalt gegen Frauen eine sexuelle Komponente hat, aber diese Bereiche, z. B. innerfamiliäre Gewalt, strukturelle Gewalt oder die spezifische Gewalt, der indigene Frauen ausgesetzt sind, werden von anderen Organisationen genügend abgedeckt. Die Verge-

waltigungen während des Krieges hingegen sind ein grosses Tabu und wir haben uns vorgenommen, uns speziell diesem Thema zu widmen. Das breitere Verständnis von Gewalt gegen Frauen haben wir dabei aber immer im Hinterkopf.

Frage: Ihr seht eine klare Verbindung zwischen der sexuellen Gewalt, der Frauen während des bewaffneten Konflikts ausgesetzt waren und den Frauenmorden, die aktuell in Guatemala in erschreckendem Ausmass begangen werden. Worin genau siehst du den Zusammenhang?

Y. A.: Damals waren die Vergewaltigungen Teil der Aufstandsbekämpfung, also Teil einer Strategie und sie fanden unter absoluter Straflosigkeit statt. Heute stehen wir vor dem Phänomen der Frauenmorde und in Anlehnung an die Feministin Marcela Lagarde, die ausgiebig zu diesem Thema gearbeitet hat, haben wir begonnen, zwischen „Femicidio“ und Femicidio“ zu unterscheiden. Als Femicidio bezeichnen wir die Tatsache, dass der Staat rein gar nichts gegen die Frauenmorde unternimmt, sei dies mit dem Ziel, die Verbrechen in der Straflosigkeit zu belassen oder schlicht und einfach wegen Unterlassung, aus Zeit- oder Personalgründen oder weil sie das Thema nicht wichtig genug finden. Auf der anderen Seite benutzen wir den Begriff Femicidio – in Anlehnung an genocidio (Genozid) – also die bewusste Liquidierung von Frauen. Die Strategie dahinter ist mir nicht ganz klar, vielleicht geht es darum, die Frauen, die in den letzten Jahren an Selbstbewusstsein und politischer Einflussnahme gewonnen haben, wieder an ihren Platz zu verweisen. Interessanterweise definiert der Begriff Genozid die strategische Ermordung oder Ausmerzungen einer religiösen oder ethnischen Gruppe, schliesst aber Geschlecht als Kategorie aus. Deshalb haben wir den Begriff Femicidio eingeführt.

Wirklich zu beweisen, dass die heutigen Täter die selben sind wie früher, ist schwierig, da die Untersuchungen über die heute stattfindenden Frauenmorde sehr spärlich sind. Wir versuchen, anhand der Daten, die wir der Staatsanwaltschaft entlocken können, Vergleiche mit den Tätern von früher herzustellen.

Frage: Wie stehen denn die Chancen, dass es zu Prozessen gegen die Vergewaltiger während des Krieges kommt?

Y. A.: Schlecht. Einerseits sind wir mit den Frauen noch nicht soweit, dass sie wirklich bereit sind, juristische Pro-

zesse durchzustehen. Am ehesten sehe ich die Möglichkeit bei den Frauen aus Rabinal, weil viele von ihnen bereits als Zeuginnen in den Prozess involviert sind, den das Menschenrechtszentrum CALDH gegen Ríos Montt und Lucas García anstrebt.

Die andere Schwierigkeit ist, das Thema überhaupt zu lancieren. Hier in Guatemala wird ein Prozess gegen Vergewaltiger während des bewaffneten Konflikts wohl ein Ding der Unmöglichkeit sein. Wenn schon, müssten wir an den Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshof gelangen.

Frage: Oft waren dies ja Massenvergewaltigungen. Kennen denn die Frauen ihre Vergewaltiger überhaupt?

Y. A.: Zum Teil schon, und zwar sehr gut. In einigen Fällen war es der Nachbar, der Zivilpatrouillist war und heute wieder der Nachbar ist. Das macht es für die Frauen natürlich sehr schwierig, eine Anklage zu erheben. Das andere Problem ist, dass viele Frauen ihren Ehemännern verschwiegen haben, dass sie vergewaltigt wurden. Dies jetzt, nach so vielen Jahren öffentlich zu sagen, würde neben allem anderen auch die Beziehung zu ihren Männern unter Umständen stark verändern.

Der Vorteil des Interamerikanischen Menschenrechtsgerichtshofs gegenüber der nationalen Justiz ist, dass er auch Kollektivklagen akzeptiert. Zwar muss jede Frau ihre persönliche Zeugenaussage machen, aber verurteilt werden am Schluss nicht einzelne Personen, sondern der guatemalteckische Staat als oberste Instanz. Die einzelnen Täter bleiben im Schutz der Straflosigkeit anonym. Als politisches Ziel ist uns dennoch mehr an einer Verurteilung des Staates gelegen, während für den Heilungsprozess der Frauen unter Umständen die individuelle Verurteilung ihrer Vergewaltiger wichtiger ist. Aber, wie gesagt, bis zu möglichen Prozessen wird es noch eine Weile dauern.

Frage: Ist die Kategorie „Opfer sexueller Gewalt“ ein Kriterium, um vom Nationalen Entschädigungsprogramm (PNR) berücksichtigt zu werden?

Y. A.: Ja, wir sind drin im PNR. Wobei es uns nicht so sehr um eine materielle Entschädigung geht, sondern vielmehr darum, dass Thema überhaupt einzubringen. Zu Beginn hatten wir grosse Bedenken, weil ja Rosalina Tuyuc die Koordinatorin des PNR ist und aus der Witwenorganisation CONAVIGUA kommt. Und ausgerechnet CONAVIGUA hat abgewinkt, als wir sie um eine Zusammenarbeit anfragten, mit der Begrün-

dung, sie wollten sich nicht auf das Thema indigene Frau und Sexualität einlassen.

Innerhalb des PNR haben wir eine Art Beraterinnenrolle eingenommen und damit erreicht, dass das Thema sexuelle Gewalt gegen Frauen während des bewaffneten Konflikts nicht irgendwo als Anhängsel herumschwirrt, sondern dass es als ein Querschnittsthema in allen Bereiche aufgenommen wurde.

Frage: Wie tretet ihr in Kontakt mit eurer Zielgruppe, den Frauen, die während des Kriegs vergewaltigt wurden?

Y. A.: Einerseits haben wir die Daten aus dem REMHI und der CEH. Zum anderen haben wir über die UNAMG und die ECAP Zugang zu den Frauen, mit denen diese beiden Organisationen arbeiten. Oft nehmen wir zuerst Kontakt auf mit *lideresas*, also mit Frauen, die in ihren Gemeinden oder Dörfern eine gewisse Autorität besitzen. Sie leiten uns dann an die Frauen weiter. Und es ist erstaunlich, ohne dass gross darüber gesprochen würde, wissen die Frauen sehr wohl, wer alles (noch) während des Krieges vergewaltigt wurde. Und so kommen wir von der einen zur anderen. Im Moment sind wir daran, die Selbsthilfegruppen zu gründen und sogenannte Multiplikatorinnen auszubilden, welche die Selbsthilfegruppen anleiten. Vorläufig schauen wir auch, dass an den Treffen auch eine Psychologin teilnimmt. Die Treffen sind jeweils recht kurz, ein- einhalb oder zwei Stunden. Einerseits,

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15
79100 Freiburg

fijate@web.de

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise

14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

um sanft an das Thema heranzugehen und andererseits, weil sich die Frauen so lange relativ problemlos von ihren Familien freimachen können, ohne viel erklären zu müssen. Du musst bedenken, wir bieten nichts an im Gegenzug zur Teilnahme an den Selbsthilfegruppen. Die Frauen kommen aus eigenem Antrieb und nicht, weil wir ihnen Baumaterialien oder Kochkurse anbieten.

Frage: Du bist selber Ladina, die meisten der Frauen, mit denen ihr arbeitet sind Indigenas. Wie ist die Zusammenarbeit, wirst du als Ladina und Städterin akzeptiert? Reicht das gemeinsame Schicksal, Opfer gewesen zu sein, um ein Vertrauen oder eine ge-

meinsame Identität aufzubauen?

Y. A.: Zuerst dachte ich das, doch es ist nicht so. Zwar teilen wir dieses Schicksal, aber ich, wohl nicht zuletzt, weil ich Städterin und Ladina bin, bin ich anders damit umgegangen als es in den Möglichkeiten vieler Indigenas liegt. Wir haben in unserem Team eine Frau indigener Herkunft. Und bereits mit ihr mussten und müssen wir immer wieder Konzepte und Ansichtsweisen diskutieren und aushandeln. Das ist nicht immer einfach, sie hat uns auch schon Rassismus und Pater- bzw. Maternalismus vorgeworfen, aber ich denke, wir müssen uns dieser Diskussion stellen, denn wenn wir es nicht schaffen, innerhalb der Gruppe eine Kohärenz herzustellen,

müssen wir gar nicht erst damit beginnen, gegen aussen zu arbeiten.

Frage: Und wie steht es um die Idee eines Tribunals, die ursprünglich dem Projekt voranging?

Y. A.: An dieser Idee arbeiten wir nach wie vor. Es soll ein Tribunal auf lateinamerikanischer Ebene sein, an dem auch Frauen aus Peru, Kolumbien, El Salvador und Mexiko teilnehmen, die mit sexueller Gewalt in Kriegskontexten konfrontiert waren oder sind. Ich hoffe, dass ein solches Tribunal im Jahr 2007 oder 2008 Realität sein wird.

Herzlichen Dank für das Gespräch!

Frauenetzwerke gegen Gewalt gegen Frauen

Guatemala, 12. Mai. Der Bericht über Femizid, erstellt von der *Nationalen Revolutionären Einheit Guatemalas* (URNG) und präsentiert am *Internationalen Interparlamentarischen Dialog über Gewalt gegen Frauen*, der in Mexiko D.F. stattfand, macht wiederholt aufmerksam auf den drastischen Anstieg von Morden an Frauen in Guatemala sowie auf die anhaltende Straflosigkeit und Ineffizienz von Seiten des Staates, diesem Phänomen Einhalt zu gebieten.

Die Untersuchung fasst die Gewaltsituation in deutliche Zahlen, bezieht dabei aber noch nicht einmal die erschreckende Entwicklung mit ein, die sich seit dem letzten Jahr abzeichnet: Allein von 2000 bis 2004 seien laut URNG die Verbrechen gegen Frauen um 112% gestiegen, insgesamt wurden in diesem Zeitraum 1'501 Frauenmorde registriert.

Gemäss dem URNG-Dokument zeigen einige Fälle Ähnlichkeiten mit den physischen und sexuellen Gewaltformen auf, die während der Aufstandsbekämpfung im internen bewaffneten Konflikt in Guatemala gegen die Frauen angewendet wurden. Die dem Bericht angehängte Statistik weist die Mehrheit der weiblichen Opfer der tödlichen Gewalt in den letzten Jahren als ladinische, Hausfrauen, Studierende, Hausangestellte, Vertreterinnen der informellen Wirtschaft, als Sekretärinnen sowie als Fabrik- und Sexarbeiterinnen aus.

Die Studie beinhaltet zudem Aussagen von einigen Kongressabgeordneten, darunter die von Nineth Montenegro, die davon überzeugt ist, dass das organisierte Verbrechen und der Drogenhandel zum hohen Prozentteil hinter den Morden an den Frauen stehen und diese als Strategie nutzen, die Aufmerksamkeit der Autoritäten abzulenken. Angesichts der offensichtlichen Passivität eben jener Autoritäten scheint dieser Plan jedoch nicht aufzugehen.

Der URNG-Bericht unterstreicht die Notwendigkeit einer engen und koordinierten Zusammenarbeit zwischen Regierung und dem Menschenrechtsprokurat (PDH), um die (privaten) Sicherheitskräfte zu entmilitarisieren, die Ermittlungen der Morde zu verstärken und vor allem die Immunität der Staatsorganismen aufzuheben, die in Verbindung mit dem organisierten Verbrechen, den Mafias und den klandestinen Sicherheitsapparaten stehen.

Ein erster Schritt auf internationaler Ebene wurde auf dem eingangs erwähnten Dialogtreffen in Mexiko getan. Dort wurde zwischen den anwesenden Abgeordneten der Regierungen Mexikos, Spaniens und Guatemalas der Beschluss gefasst, das *Netz für das Recht auf ein Leben ohne Gewalt* zu gründen, das sich für die Klassifizierung des Femizids als Verbrechen gegen die Menschlichkeit einsetzen und die Strafjustiz zu Gunsten der Frauen fördern soll. Strategisch sollen dabei Normen erarbeitet werden, die sich an die internationalen Statuten anpassen, die von den jeweiligen Ländern unterzeichnet und ratifiziert worden sind. Innerhalb des Netzwerkes sollen gemeinsame Pläne und Projekte erarbeitet und realisiert werden, Informationen, Ideen und Erfahrungen mit Politikansätzen ausgetauscht werden, die positive Ergebnisse für die Bürgerinnen der einzelnen Länder mit sich gebracht haben. Zudem sollen in jedem Land Analysen durchgeführt werden, um die Hauptmerkmale des Femizids jeweils zu bestimmen.

Der *Internationale Interparlamentarische Dialog über Gewalt gegen Frauen* ist von der mexikanischen Abgeordnetenkammer koordiniert worden und zählte neben den Abgeordneten aus den drei Ländern mit der Beteiligung von Funktionärinnen der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). Aus Guatemala nahm

Myrna Fryneé Ponce Brocke, die Präsidentin der Frauenkommission des Kongresses teil.

Die Mitglieder eines anderen Frauennetzwerkes richteten ihre Forderungen an eine spezielle Adresse: *Das Netzwerk der Katholikinnen für das Recht auf freie Entscheidung* verlangt von Papst Benedikt XVI die Untersuchung und Bestrafung sexuellen Missbrauchs gegen Nonnen, begangen von Priestern in Lateinamerika. Ausserdem zeigt es die ständige Verfolgung von Ordensschwestern und Minderjährigen durch die Kapläne an.

Diese Information, erschienen auf der Internetseite *Mujeres hoy*, unterstreicht die Notwendigkeit der Ermittlung der Fälle. Der Papst könne sich schliesslich nicht als Nichtwissender angesichts der auf der ganzen Welt stattfindenden Übergriffe gegen die Würde und Rechte der Schwestern ausgeben, so Consuelo Mejía, Leiterin des Netzwerkes in Mexiko. Der Papst müsse sich dafür einsetzen, so Mejía, dass die Täter zur Verantwortung gezogen und die Opfer für den erlittenen Schmerz und Schaden entschädigt würden. Nicht selbst wurden die Frauen, nachdem sie die Tat angezeigt hatten, dazu gezwungen, abzutreiben.

Gleichzeitig weist Pilar Sánchez, die das Netzwerk beratend unterstützt, darauf hin, dass viele der vergewaltigten Nonnen keine Anzeige erstattet hätten, da sie ihr Gehorsams- und Schweigegehlübe abgelegt hätten, weswegen sie es vorzögen ihre Scham- und Schuldgefühle alleine zu ertragen.

Der Papst wird vom *Netzwerk der Katholikinnen für das Recht auf freie Entscheidung* zudem aufgefordert, grundlegende Entscheidungen hinsichtlich der wachsenden Anzahl von Anzeigen wegen sexuellem Missbrauchs und Verfolgung Minderjähriger durch Priester in Lateinamerika und anderen Regionen der Welt zu treffen.

Anschläge gegen soziale Organisationen nehmen zu

Guatemala, 15. Mai. Im vergangenen Jahr wurden 122 Attacken gegen den sozialen Sektor ausgeführt, 12 davon waren Überfälle auf Büros von Organisationen und 15 waren tödliche Anschläge auf AktivistInnen. Rund 40% dieser Attacken finden ihre Ursache in lokalen Machtkämpfen, der Rest entspricht der Vorgehensweise des militärischen Geheimdienstes. Während der vier Regierungsjahre von Alfonso Portillo wurden 68 Überfälle auf Organisationen und ihre Büros gezählt, durchschnittlich 17 pro Jahr.

Allein seit Beginn bis zum 12. Mai des Jahres 2005 wurden 65 Attacken gezählt, davon 15 Überfälle. Acht dieser Überfälle fanden zwischen dem 7. und dem 12. Mai statt, also innerhalb kürzester Zeit.

Wir übersetzen im Folgenden eine Analyse der jüngsten Einschüchterungsversuche gegen die sozialen Organisationen, verfasst von Claudia Samayoa von der *Nationalen Koordination der Menschenrechtsorganisationen*, CONADEH-GUA.

„Die Art und Weise, wie die jüngsten Attacken ausgeführt wurden, lässt auf einen neuen Stil schliessen. In den vergangenen fünf Jahren gab es immer wieder Wellen von Attacken nach dem Muster, dass verschiedene Organisationen auf ganz unterschiedliche Art bedroht wurden. Dies ging von Einschüchterungsversuchen über Todesdrohungen bis zu Überfällen auf ihre Büros. Seit dem letzten Jahr zeichnen sich zwei neue Muster ab: Das eine sind die systematischen und andauernden Attacken gegen das Menschenrechtszentrum CALDH, das im Verlauf des letzten Jahres 28 Drohungen erhalten hat. Das andere ist die Kriminalisierung von Personen, die sich für ihre eigenen oder die Rechte von anderen einsetzen, seien dies AnwältInnen, JournalistInnen oder OrganisatorInnen von Demonstrationen.

Was unterscheidet nun die Anschläge der letzten sechs Tage von denen der vergangenen fünf Jahre? Eine Gemeinsamkeit der früheren und heutigen Überfälle ist die Tatsache, dass es um den Zugang zu Informationen geht. Sowohl bei der *Nationalen Koordination der BäuerInnenorganisationen*, CNOC, als auch bei der *Organisation der Kinder von Verschwundenen*, H.I.J.O.S., wurden während der Einbrüche Computer mitgenommen. An beiden Orten wurden Fotos durchsucht oder mitgenommen, jedoch wertvolle Gegenstände dort gelassen. Ziel dieser Art von Überfällen ist, Informationen zu erhalten über die politische, finanzielle und operative Unterstützung, welche die Organisationen erhalten. Bei der CNOC geht es auch darum, ihre buchhal-

terische Situation bzw. ihre ökonomischen und organisatorischen Schwächen zu erfahren. Sowohl die CNOC wie auch H.I.J.O.S. waren massgeblich an den Protesten gegen das Freihandelsabkommen mit den USA und das Konzessionsgesetz beteiligt, die CNOC war quasi die operative Zentrale, von wo aus die Proteste koordiniert wurden. Diese Überfälle gleichen sich in ihrer Art denen, die im Februar gegen sechs indigene und der Indígenabewegung nahestehende Organisationen ausgeführt wurden, die an den Protesten in Sololá gegen den Minenabbau beteiligt waren. Im Falle von H.I.J.O.S. ist es der zweite Überfall in kurzer Zeit, wobei das Muster dem gleicht, das zwischen 2000 und 2001 gegen das *Zentrum für Studien, Informationen und Grundlagen für die soziale Aktion*, CEIBAS, angewendet wurde und schliesslich zum Verschwinden der Organisation führte.

Anders dagegen waren die Überfälle auf das Büro der Nationalen Bewegung der Menschenrechtsorganisationen in Santa Rosa, das Büro der Vereinigung der Lutherischen Kirchen im Petén, das *Institut für Vergleichende Studien im Strafrecht*, die *Konföderation der Gewerkschaftlichen Einheit Guatemalas*, CUSG, und der versuchte, jedoch von anwesenden Personen verhinderte Überfall auf die Guatemaltekeische Gewerkschaftszentrale CGTG. In diesen Fällen wurde nichts mitgenommen und nichts durchsucht, doch es wurden klare Spuren hinterlassen, dass eingebrochen wurde. Einzig in Santa Rosa wurden ein Aufnahmegerät und ein Computer mitgenommen.

Ganz eigenartig und beunruhigend ist der bisher letzte Überfall auf das Haus eines Mitarbeiters der *Nationalen Koordination der Kooperativen* (CONG-COOP) und einer österreichischen Menschenrechtsbegleiterin. Dieses Haus wurde am helllichten Tag ausgiebig durchsucht und es wurden Spuren hinterlassen, wie z. B. ein T-shirt von Karl Marx, ein Bündel mit Fotos von Personen, die die beiden nicht kennen sowie der Brief eines Gefängnisinsassen.

Verändert hat sich auch der Umgang der Organisationen mit den Attacken. Seit Anfang des Jahres werden aktiv die Polizei und die Staatsanwaltschaft involviert und alle Überfälle und Einschüchterungsversuche angezeigt. In allen Fällen wurden sofort Untersuchungen eingeleitet, auch wenn die Vergangenheit gezeigt hat, dass diese meist erfolglos blieben und die Fälle nach spätestens zwei Jahren archiviert wurden.

Das Verhalten der Polizei und des Innenministeriums ist widersprüchlich. Einerseits werden polizeiliche Untersuchungen eingeleitet und andererseits die soziale

Bewegung reprimiert. Gegen aussen zeigt man sich besorgt und leitet Schutzmassnahmen ein. Polizisten werden vor die Büros der Organisationen abkommandiert, die aber nur unregelmässig oder gar nicht anwesend sind.

Mögliche Gründe für die Verschärfung der Situation sind u. a. das Scheitern der *Untersuchungskommission für illegale Strukturen und klandestine Körperschaften*, CICIACS, als Resultat eines politischen Abkommens der *Patriotischen Partei*, der *Republikanischen Front Guatemalas*, FRG, der *Partei des nationalen Fortschritts*, PAN, und der *Unionistas*, sowie der nicht vorhandene Wille der Regierungspartei GANA, diese Kommission wirklich durchzusetzen. Dies hat jene Kräfte gestärkt, die in- oder ausserhalb der Regierung agierend, eine Destabilisierung anstreben.

Die Angriffe mit dem Ziel, an Informationen heranzukommen, ergänzen die Gerüchte, dass der zivile Geheimdienst SAE ExponentInnen der sozialen Bewegungen überwacht. Zwar gibt es dafür keine Beweise, doch die Anwesenheit beobachtender unbekannter Personen im Umkreis von Organisationen, die in die Anti-Freihandelsproteste involviert waren, lässt aufhorchen. Es bleibt die Frage, wer und mit welchem Interesse hinter diesen Informationen her ist.

RegierungsfunktionärInnen haben eine Kampagne gestartet, um die VertreterInnen sozialer, umweltschützerischer und BäuerInnenorganisationen zu diffamieren, ihnen Korruption nachzusagen, sie des Terrorismus zu beschuldigen und als überholte Linke zu bezeichnen. Ebenso wurden Gerüchte verbreitet, dass die soziale Bewegung von dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chavez und dem Kubas, Fidel Castro, finanziert würden. In den Verleumdungsdiskursen werden ferner die alten antikommunistischen Werte wieder ausgegraben.

Das Andauern der Attacken gegen MenschenrechtsaktivistInnen hat zur Folge, dass selbst die Regierung sich gezwungen sieht, darüber Statistik zu führen, nebst Zahlen über Autodiebstähle, Frauenmorde, und Totschlag gibt es in der Statistik jetzt auch eine Rubrik „Attacken gegen MenschenrechtsverteidigerInnen“.

Obwohl immense Anstrengungen unternommen werden, um punktuell zusammen zu arbeiten, gibt es nach wie vor Spaltung und Konflikte zwischen und innerhalb der von den Attacken betroffenen Sektoren. Es braucht eine gemeinsame Strategie, um diesen Attacken zu begegnen und den Sektoren zu garantieren, dass sie ihre Arbeit und Aktivitäten sicher durchführen können."

Rücktritt der Gefängnisdirektorin

Guatemala, 18. Mai. Mit dem Mord an Juan Carlos García Rodríguez am 14. April begann die Diskussion um und Hetzjagd auf Patricia Guillermo de Chea, inzwischen ehemalige Direktorin des guatemaltekischen Haftanstaltssystems.

García Rodríguez, alias Juanca, galt als einer der führenden Köpfe des in der Hauptstadt bekannten Drogenkartells des Stadtviertels El Gallito. Ende Mai 2003 war er in Flagranti bei einem Drogendeal verhaftet und zu 17 Jahren Gefängnis wegen Geldwäsche verurteilt worden. Er war der letzte von vier Brüdern, die alle erschossen wurden und vermutlich alle im Drogengeschäft tätig waren. Juan Carlos war bereits im Juni vergangenen Jahres von einem für diese Tat mit 350'000 Quetzales bezahlten, in der Szene als „Marino“ bekannten Handlangers angegriffen worden. Aufgrund der Verletzungsfolgen - unter anderem befand sich noch eine Kugel in seinem Kopf - weilte er derzeit auf der Krankenstation des Gefängnisses *Preventivo*, wo ihm von einem für das Einsammeln der Schmutzwäsche zuständigen und des schweren Diebstahls sowie illegalen Waffenbesitzes bestraften Mithäftling 9 Schüsse verpasst wurden. An den Folgen dieser Verletzungen starb er schliesslich. Damit summierten sich die internen Morde an Häftlingen innerhalb der rund 10 Monate, in denen Patricia Guillermo de Chea den Leitungsposten innehatte, auf sechs.

Dies weckte jedoch weniger Aufmerksamkeit als das Resultat der Razzia, die zur Auffindung der Tatwaffe und dem Belohnungsgeld für den Mord im *Preventivo* durchgeführt wurde: In der Tageszeitung *Siglo XXI* erschien auf der Titelseite ein Foto, auf dem eine Gruppe von Häftlingen in fröhlichem Gelage bei Alkohol und Handytelefonaten zu sehen waren. Die gesellschaftliche Empörung gelangte an ihren Höhepunkt, als de Chea beim Anblick dieser Bilder „nichts Ungewöhnliches“ zu erkennen meinte und es nur bedauerte, dass die zu sehenden Alkoholflaschen illegal ins Gefängnis eingeschleust worden waren. Gleichzeitig gab sie bekannt, dass sie einen Gesetzesvorschlag eingereicht hätte, mittels dessen die Einführung von Alkohol zu bestimmten Anlässen wie Weihnachten, Geburtstag oder einem Fussballspiel genehmigt werden sollte. Diese sollten von den Inhaftierten beantragt werden können, da sie, wie die in Freiheit Lebenden, das Recht darauf hätten, sich zu entspannen. „Die Gefangenen sind auch Menschen und das Verbote haben bloss mehr Korruption zur Folge“, so de Chea.

Die Tatsache, dass die Juristin in ihrer relativ kurzen Amtszeit wesentliche

Reformschritte eingeleitet hat, die zum Teil schlicht an fehlenden finanziellen Mitteln gescheitert sind, blieb in der Aufregung darüber, dass die Gefängnisse mit Schwerverbrechern sich nun in eine einzige Party verwandeln würden, unter. Just auf jenem Foto in der Zeitung waren drei Männer abgelichtet, von denen einer diverser Attentate und -zig Morde angeklagt ist, ein anderer der Entführung und der dritte ebenfalls des Mordes beschuldigt wird.

Wenige Tage später folgte ein Pressebild aus einer Haftanstalt in Escuintla, in der vornehmlich Mitglieder von Jugendbanden untergebracht sind. Diesmal stellte ein aufblasbares Schwimmbecken den Dorn im Auge dar, das jedoch laut de Chea aufgrund des Wassermangels in der Region den Inhaftierten neben dem möglichen „Plantschen“ zudem zur Körperreinigung und zum Wäschewaschen diene.

De Chea hatte in Kooperation mit nationalen Bildungsinstitutionen verschiedene Weiterbildungsmaßnahmen eingeführt: Die Inhaftierten können z.B. während ihrer Haft ihren Schulabschluss machen und sogar eine berufliche Ausbildung absolvieren. Mittels diverser handwerklicher Projekte wurde nicht nur manches der insgesamt 17 zum Grossteil maroden Gefängnisse im Land neu bzw. grundlegend ausgerüstet, sondern de Chea strebte zudem die Vermarktung von im Gefängnis hergestellten Produkten ausserhalb der Mauern an. Ausserdem laufen bereits Pilotprojekte zur Installation eines speziellen Systems, das die Einführung von illegalen Gegenständen wie Waffen, Drogen und eben tragbaren Telefonen strikter verhindern soll. Ein Projekt, die Errichtung einer Antenne, die das lokale Empfangsnetz für Handys unterbinden soll, muss derzeit technisch überholt werden, um effizienter zu funktionieren.

Mit Hilfe von Mobiltelefonen werden bewiesenermassen aus den guatemaltekischen Gefängnissen heraus teilweise bis zu 40 Erpressungen täglich durchgeführt. Die Gefangenen besorgen sich ein solches Telefon, kaufen einzelne Seiten aus dem Telefonbuch und fordern von den von ihnen Angerufenen unter Bedrohung der Unversehrtheit der Person und ihrer Familie nicht selten den Kauf von Telefonkarten für Handys in Höhe eines bestimmten Wertes. Beim nächsten Anruf müssen die Bedrohten die PIN-Codes der Karten durchgeben, womit die Erpresser nicht nur innerhalb des Gefängnisses ihr Telefon an andere Mithäftlinge vermieten können, sondern ihr Anrufguthaben automatisch vergrössern und erfolgreiche Geschäfte machen können.

Innerhalb von zwei Wochen entschloss sich de Chea schliesslich, ihren Posten aufzugeben. An der medialen Diskussion, in der unter anderem darüber gestritten wurde, ob die mutige Frau einem Lynchmord ausgesetzt sei oder doch eher Selbstmord begehe, beteiligte sich auch der Militär Byron Miguel Lima Oliva, zur 20jährigen Haftstrafe wegen Komplizenschaft im Mord an Bischof Gerardi verurteilt. Er bezeichnet die Direktorin als erste Person, die sich tatsächlich für die Häftlinge interessiere und, anders als im Land verbreitet, das Gefängnis nicht als Bestrafungsinstitution sondern vornehmlich als einen Ort der sozialen Rehabilitation und Sicherstellung ansieht und tatsächlich eine Umstrukturierung zur Ausmerzung der dominierenden Korruption in den Vollzugsanstalten anstrebte. Hugo Arce, Kolumnist der Tageszeitung *La Hora*, bezeichnet die Entwicklung der Geschehnisse denn auch als Komplott derjenigen, die bislang mit dem bestehenden Gefängnissystem ihre Geschäfte machen und sich von den durch de Chea drohenden Reformen in diesen eingeschränkt sehen.

Immer wieder wurden in den Kommentaren die Familienverhältnisse von Patricia de Chea unterstrichen, die Ehefrau des amtierenden guatemaltekischen Botschafts in Costa Rica ist und offenbar in der Gunst des Präsidenten Bergers steht. Schliesslich jedoch war der politische Druck offensichtlich so gross, dass sie sich geschlagen geben musste, ihren Alkoholreformvorschlag als unüberlegte Dummheit selbst abwertete und letztendlich ihr Amt niederlegte. Als Gründe nannte sie drei: Zum einen wollte sie das Bild der Regierung und des Präsidenten Bergers nicht weiter schädigen, auf institutioneller Ebene sehe sie sich mit ihrer Ansicht der Rehabilitation der Gefangenen vor unüberwindbaren Hindernissen und schliesslich bewogen „persönliche Gründe“ sie dazu, sich zurückzuziehen.

Zum Abschied übergaben ihr die Häftlinge in Escuintla das Plantschbecken, das sie sich von der Direktorin persönlich aufgrund guter Führung verdient hatten.

Nach intensiver und erfolgloser Suche nach einer Person, die den Posten von de Chea nun übernehmen wollte, wurde schliesslich Francisco de la Peña, stellvertretender Direktor der Migrationsbehörde als ihr Nachfolger ernannt.

Die erste Nachricht vom Präsidenten selbst zum Thema Vollzugssystem war die Ankündigung des Baus von mindestens drei neuen Gefängnissen, zwei Hochsicherheitsgefängnisse und eines für Beschuldigte leichter Vergehen.

Survivor – Reality-Show im Petén

Guatemala, 20. Mai. „Guatemala – Das Imperium der Mayas“ ist der Titel der neuesten Survivor-Serie des US-amerikanischen Fernsehsenders CBS. Die TeilnehmerInnen sind Schiffbrüchige, die in den Ruinen des Nationalparks Yaxhá-Nakum-Naranjo „den Spuren der alten Mayas folgen“ wie der Pressesprecher von CBS erklärte.

Während drei Monaten, vom 18. Mai bis zum 10. August, ist der Nationalpark für den Tourismus gesperrt, was den lokalen TourismusanbieterInnen

eine beträchtliche Arbeits- und Gewinneinbusse beschert wird.

Obwohl bereits die ersten Bauarbeiten begonnen haben, um die Dreharbeiten zu realisieren, wurde bisher noch kein Vertrag zwischen CBS und dem nationalen Tourismusinstitut INGUAT unterzeichnet, worin Regelungen über den Schutz der Ruinen und des Naturparks festgelegt sind. Ebenso wenig liegt eine Umweltverträglichkeitsprüfung vor. Yuri Melini von der Umweltorganisation CALAS kritisierte diesen Umstand und verlangte von den

Direktoren des INGUAT und des Kulturministeriums Transparenz über die Abmachungen mit CBS.

Gemäss Willy Kaltschmitt, dem Regierungsbeauftragten für Tourismus, hätten die Dreharbeiten keine negativen Auswirkungen auf die Umwelt, sondern würden im Gegenteil einen Gewinn von rund 20 Mio. Quetzales (ca. 2,6 Mio. US-\$) einbringen, etwa 200 Arbeitsplätze schaffen und dem Land zu Publizität verhelfen, würde die Sendung doch von etwa 200 Mio. ZuschauerInnen gesehen.

Bundestreffen 2005

Die Ökumenische Initiative Mittelamerika e.V. und die Guatemala Gruppe des BDKJ Nürnberg Nord und der Ev. Jugend Nürnberg haben alle Hebel in Bewegung gesetzt, um das diesjährige *Koordinations- und Informationstreffen Guatemala* für Einzelpersonen und Organisationen aus Österreich, der Schweiz und Deutschland zu ermöglichen. Unter dem Titel „Guatemala auf dem Weg in eine bessere Zukunft?“ wird es vom **24. – 26. Juni 2005** im Jugendgästehaus in **Stuttgart** um Analysen und Perspektiven im Dialog mit VertreterInnen aus Guatemala gehen.

Im Seminar, das gemeinsam mit VertreterInnen aus Guatemala vorbereitet und durchgeführt wird, geht es um die aktuellen Entwicklungen in Guatemala, wobei besonders die Situation in den ländlichen Regionen betrachtet werden soll. Konkrete Themen sind unter anderem die Umsetzung der Freihandelsverträge der USA mit den mittelamerikanischen Regierungen, soziale und wirtschaftliche Auswirkungen der aktuellen Politik der amtierenden Regierung von Präsident Berger, ferner das allgemeine politische Klima im Land, die Menschenrechtssituation, die so genannte „Alltagskriminalität“, Jugendbanden, Lynchjustiz sowie Entwicklungen im Umweltbereich.

Die Kosten des Seminars belaufen sich nach Selbsteinschätzung auf 40 – 70 € genaue Informationen finden sich auf der Homepage www.guatemala.de.

Um Anmeldung wird bis spätestens 15. Juni an ralf.haeussler@web.de gebeten.

In eigener Sache

¡Fijáte!-Exekutiv-Treffen in Guatemala und Zukunftspläne

Da müssen wir erst nach Guatemala kommen, um uns zu einer ¡Fijáte!-Arbeitsbesprechung zu treffen. Das gemeinsame Mittagessen mit Christian Hagmann, Barbara Müller und Christiane Treeck in der Hauptstadt langte dabei gerade, um das Allernötigste auszutauschen, zu klären und zu planen.

Immerhin finanziell ist der ¡Fijáte! bis Ende 2006 gesichert. Doch personell wird es zu einer gravierenden Veränderung kommen: Barbara wird sich ab dem nächsten Jahr aus der Redaktion zurückziehen. Trotz des grossen persönlichen Verlustes, die Arbeit nicht mehr gemeinsam zu machen und sich gegenseitig zu unterstützen, ist Christiane - vorausgesetzt es besteht weiterhin Interesse am ¡Fijáte! von Seiten der LeserInnen - be-

reit, den Versuch zu wagen, sich allein dem 14-täglichen deutschsprachigen Guatemala-Nachrichten-Service anzunehmen.

Der Aufwand der ¡Fijáte!-Erstellung ist möglicherweise vorstellbar und der Wert von Unterstützung unschätzbar. Neben der generellen Frage nach dem Interesse am ¡Fijáte! möchten wir deswegen jetzt schon einmal die Frage in die LeserInnenrunde werfen, ob sich die eine oder der andere eine Mitarbeit in der Redaktion vorstellen kann oder jemanden kennt, die/der sich dafür interessieren könnte. Die Form ist selbstverständlich abspracheabhängig.

Auf Rückmeldungen, Vorschläge und Ideen freut sich und grüsst aus Guatemala herzlich,
Die Redaktion.